

I.

V O R W O R T

von

JOHANNES RAU

Ministerpräsident des Landes Nordrhein-Westfalen

Vorwort

Mit dem deutsch-polnischen Vertrag wurden 1972 die Grundlagen für die Versöhnung unserer Völker geschaffen. Diesen Vertrag kontinuierlich mit Leben zu erfüllen, ist eine Aufgabe, die uns alle angeht. Versöhnung muß von den Menschen gesucht und von Menschen angenommen werden.

Das Land Nordrhein-Westfalen hat sich hier ebenso wie die Friedrich-Ebert-Stiftung stets in der Pflicht gefühlt; dafür gibt es viele Belege. Zu ihnen gehört die Bedeutung, die hier von Anfang an den deutsch-polnischen Schulbuchempfehlungen zugewiesen wurde und wird. Auch die von der Friedrich-Ebert-Stiftung vorgelegte Dokumentation der Tagung vom Oktober 1981 zeigt vor diesem Hintergrund einen wichtigen Beitrag zur deutsch-polnischen Verständigung; sie macht den notwendigen Zusammenhang zwischen allgemeinerpolitischen Prinzipien und bildungspolitischen Maßnahmen deutlich.

Die Schule hat stets das Verhältnis zwischen Völkern wesentlich mitbeeinflußt, indem sie - bewußt oder unbewußt - neue Bilder vom jeweils anderen aufbaute, vorhandene verstärkte oder korrigierte. Deshalb freue ich mich, daß an der Tagung vom 9. bis 11. Oktober 1981 so viele Lehrerinnen und Lehrer teilgenommen haben: sie sind nicht nur die geeignetsten Multiplikatoren, um unseren Kindern und Jugendlichen das Ziel der Völkerverständigung näherzubringen, sondern diese Aufgabe gehört auch zu ihren wichtigsten.

Die jetzt vorliegende Veröffentlichung dient dem gleichen Ziel. Sie wird ihre Aufgabe erfüllen, da sie nicht schönfärbt, sondern auch die Schwierigkeiten in einzelnen Fragen verdeutlicht.

Der in der Ständigen Konferenz der Kultusminister der Länder beschlossene Kompromiß zur Darstellung Deutschlands in Schulbüchern und kartographischen Werken für den Schulunterricht erfuhr von polnischer Seite heftige Kritik; hier war die gemeinsame Diskussion um Vor- und Nachteile der getroffenen Regelung für beide Seiten wichtig. Absichten konnten verdeutlicht, Mißtrauen und Enttäuschung abgebaut werden, das Bemühen um Fortschritt in der Sache stand im Vordergrund.

Ich bin sicher, daß die Tagung selber wie auch ihre Dokumentation weitere Impulse setzen werden. Unsere Solidarität mit dem polnischen Volk darf nicht nur mit Worten bekundet werden, sondern muß sich im Denken und Handeln beweisen, muß sich äußern im ehrlichen Dialog. Dabei darf ein solcher Dialog niemals abgebrochen werden, so sehr uns auch aktuelle Ereignisse in Polen Sorge machen.



Johannes Rau
Ministerpräsident des Landes
Nordrhein-Westfalen